



**Sehr geehrte Damen und Herren,**

vor fast genau einem Jahr haben wir mit Angela Merkel an der Spitze einen großartigen Wahlsieg gefeiert. Auch bei den Landtagswahlen hat die Union seitdem fast immer zugelegt, weil wir unsere Arbeit verlässlich machen und Probleme lösen, statt sie nur zu beschreiben. Aber die Herausforderungen nehmen zu, die Welt hat sich dramatisch verändert. Denken wir nur an die Ebola-Epidemie in Afrika oder an unseren Kontinent, wo die Ukraine sich nach wie vor längst überwunden geglaubten Aggressionen ausgesetzt sieht, was uns weder politisch noch ökonomisch unberührt lässt.

### **Lage im Nahen Osten**

Unbeschreiblich ist die Lage im Nahen Osten mit enthemmter Gewalt und massiven Flüchtlingsströmen. Durch die Beteiligung deutscher Islamisten als Kämpfer auf der Seite der Terroristen ist der „Islamische Staat“ (IS) auch eine deutsche Angelegenheit. Dieser Herausforderung werden sich unsere Sicherheitsbehörden stellen. Wo Gesetze geändert werden müssen, werden wir sie ändern. Und es ist gut, dass am vergangenen Freitag so viele Menschen islamischen Glaubens deutschlandweit in Gebeten und friedlichen Kundgebungen ein deutliches Zeichen gegen die Gewalt des IS und den Missbrauch ihrer Religion und die Radikalisierung junger Menschen gesetzt haben.

Neben unserer Aufmerksamkeit brauchen die Menschen in Nahost in ihrer aktuellen Not aber unsere tatkräftige Hilfe. Die Türkei hat sich vorbildlich um Flüchtlinge gekümmert, ebenso die kurdische Regionalregierung im Nord-Irak. Auch Deutschland ist bereits sehr aktiv vor Ort. Gleichzeitig aber liegen Hilfgelder aus der EU und anderen Staaten brach, weil die Vereinten Nationen bislang keine Koordinatoren stellen. Wenn bei den Menschen der Eindruck entsteht, die Weltgemeinschaft helfe nicht, wachsen die Flüchtlingsströme aus der Region. Der IS hätte sein Ziel erreicht: Jesiden, schiitische Turkmenen, sunnitische Kurden und die seit 2.000 Jahren dort heimischen Christen würden das Land ihrer Geburt verlassen - wohl für immer. Es muss alles getan werden, damit umfassende Hilfe vor Ort greift. Nur so, im Bewusstsein, dass wir sie nicht vergessen, werden die Menschen den Mut dazu finden, in ihrer Heimat zu bleiben.

## **Asylsystem entlastet**

Nach langem internen Ringen hat der Bundesrat am vergangenen Freitag dem geänderten Asylrecht zugestimmt und damit Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina als sichere Herkunftsstaaten anerkannt. Zugleich erleichtert das Gesetz, das der Bundestag bereits vor der Sommerpause beschlossen hatte, befristet den Arbeitsmarktzugang für Asylbewerber und geduldete Ausländer, erlaubt Geldleistungen als Regelfall und ersetzt die Residenzpflicht durch eine Wohnungsmeldepflicht. Ziel: Unser Asylsystem muss den politisch Verfolgten schnell eine sichere Zuflucht gewähren; es darf aber auch Menschen, die nicht verfolgt sind, keine falschen Hoffnungen machen.

Viele Personen, die einen Antrag auf die Gewährung politischen Asyls stellen, haben praktisch keine Aussicht auf Erfolg. Dies gilt etwa für mehr als 99 Prozent der Anträge aus Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina. Rund 25 Prozent der in Deutschland gestellten Asylanträge stammen von Asylbewerbern aus diesen Ländern. Trotz der Aussichtslosigkeit müssen die Menschen, solange über die Anträge nicht entschieden ist, im Rahmen der bestehenden Quotenregelung zur Unterbringung auf die Kommunen verteilt werden, denen damit eine zusätzliche Bürde aufgetragen wird.

Gleichzeitig können die Anträge etwa von Menschen aus Syrien, deren Asylanträge zu über 90 Prozent anerkannt werden, nicht schnell genug bearbeitet werden. Mit der Einstufung als sichere Herkunftsstaaten werden Anträge aus Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina künftig schneller entschieden werden können, so dass mehr Kapazitäten für wirklich Verfolgte frei sein werden. Nur ein gerechtes Asylsystem, das nicht als Vehikel für unregelte Zuwanderung funktioniert, hat die Akzeptanz der Bevölkerung.

## **Grundsatzeinigung für Mietpreisbremse**

Die Spitzen der Koalitionsfraktionen haben am vergangen Dienstag eine Einigung zum Mietrechtsnovellierungsgesetz („Mietpreisbremse“) erzielt. Damit kann das Gesetzgebungsverfahren nun beginnen.

Mit der Mietpreisbremse wird der Anstieg der Mieten in angespannten Wohnungsmärkten gedämpft. Damit die Mietpreisbremse aber nicht zur Investitionsbremse wird, bleiben alle neu errichteten Wohnungen auf Dauer von dem Gesetz ausgenommen – nicht nur bei der ersten Vermietung, wie ursprünglich von Minister Maas geplant. Damit wird für Bauherren klar und rechtssicher geregelt, dass sich ihre Investitionen in den Neubau von Wohnungen lohnen können.

Wir haben immer betont, dass die eigentlichen Ursachen von exorbitanten Mietsteigerungen bekämpft werden müssen. Wir nehmen dabei auch die Länder in die Pflicht. Sie müssen darlegen, welche Maßnahmen sie während der Geltungsdauer der Mietpreisbremse ergreifen werden, um der angespannten Wohnungssituation abzuhelpfen. Damit wirksame Gegenmaßnahmen nicht auf die lange Bank geschoben werden, wird die Mietpreisbremse auf längstens fünf Jahre befristet.

## Grüße von der Bundeskanzlerin

Was alle Besucher des Bundeskanzleramts erhoffen – doch meist vergeblich -, erlebten 50 politisch interessierte Bürgerinnen und Bürger aus Meerbusch, Korschenbroich und Krefeld, die jetzt auf meine Einladung hin Berlin besuchten. Bei der Besichtigung des Bundeskanzleramts trafen Sie auf Bundeskanzlerin Angela Merkel, die gerade zu ihrem Wagen eilte. Für Selfies war leider keine Zeit, aber sie winkte der Gruppe doch lachend zu, bevor sie entschwand. Dieser Moment gehörte unzweifelhaft zu den Highlights der Informationsfahrt in die Bundeshauptstadt.



Ein weiteres Highlight bildete der Besuch des Deutschen Bundestages, wo die Niederrheiner den zentralen Ort des Geschehens, den Plenarsaal, besichtigten und mich anschließend zum Gespräch trafen. Im Gegensatz zum Kanzleramt war diesmal auch Zeit für ein Foto. Außerdem bot sich die Gelegenheit, bei bestem Wetter von der Dachterrasse aus das Berlinpanorama zu genießen und die Reichstagskuppel zu besteigen.

Auch ein Besuch des Notaufnahmelaagers Marienfelde, das in beklemmender Weise die Not der DDR-Flüchtlinge lebendig werden lässt, gehörte zu den beeindruckenden Momenten der Fahrt. Ein Informationsgespräch im Bundesfinanzministerium und eine Stadtrundfahrt auf den Spreekänen rundeten das Programm ab.

Herzlichst,

### Impressum:

Herausgeber:  
Ansgar Heveling MdB  
Wahlkreis 110  
Jüchen, Kaarst, Korschenbroich,  
Krefeld, Meerbusch

### Büro Berlin

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Tel.: 0 30 / 227 – 71 035  
Fax: 0 30 / 227 – 76 235

[ansgar.heveling@bundestag.de](mailto:ansgar.heveling@bundestag.de)